

---

# Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien und Nichtwähler

Michael Kaeding und Niko Switek

---

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Vom 22. bis 25. Mai 2014 hatten rund 400 Millionen Bürger aus 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die Möglichkeit, mit ihrer Stimme die Zukunft der Union mitzuprägen. In 28 mehr oder weniger gleichzeitig stattfindenden nationalen Wahlen, bei denen jeder Mitgliedsstaat ein eigenes Sitzkontingent und ein eigenes Wahlgesetz hat, entschieden somit mehr Bürger als je zuvor über die 751 Vertreter im Europäischen Parlament. Sie wählten ein Europarlament, das noch nie so viele Befugnisse wie im Wahljahr 2014 hatte.

Zudem fand der Vertrag von Lissabon bei dieser Europawahl erstmals Anwendung, den die europäischen Parteienfamilien in einer innovativen Weise interpretierten: Erstmals stellten sie Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten auf. Vor dem Hintergrund stetig sinkender Wahlbeteiligung und mehreren Krisenjahren sollten Personalisierung und Konfrontation bzw. Politisierung für einen Schub bei den Europawahlen sorgen: Man erhoffte sich mehr Relevanz, mehr Interesse, mehr Beteiligung.

Nach einem nur zögerlich anlaufenden, aber in vielerlei Hinsicht überraschend engagierten Europawahlkampf der Spitzenkandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten, kamen die Ergebnisse der Europawahl 2014 dann einem politischen Erdbeben gleich. Nicht nur machten wie schon 2009 wieder 57 Prozent der wahlberechtigten Europäer kein Gebrauch von ihrem Wahlrecht, sondern es gingen diesmal die politisch rechten und linken Ränder auf Kosten einer geschwächten

---

1 Einige der folgenden Ausführungen wurden bereits an anderer Stelle im Detail dargestellt: Kaeding (2013a, b; 2014a, b, c), Heidebrecht und Kaeding (2014), Kaeding und Gath (2014), Kaeding und Pieper (2014a,b).

Mitte gestärkt aus der Wahl hervor – mit machtpolitischen Konsequenzen für die zukünftige Funktionsweise des Europaparlaments.

---

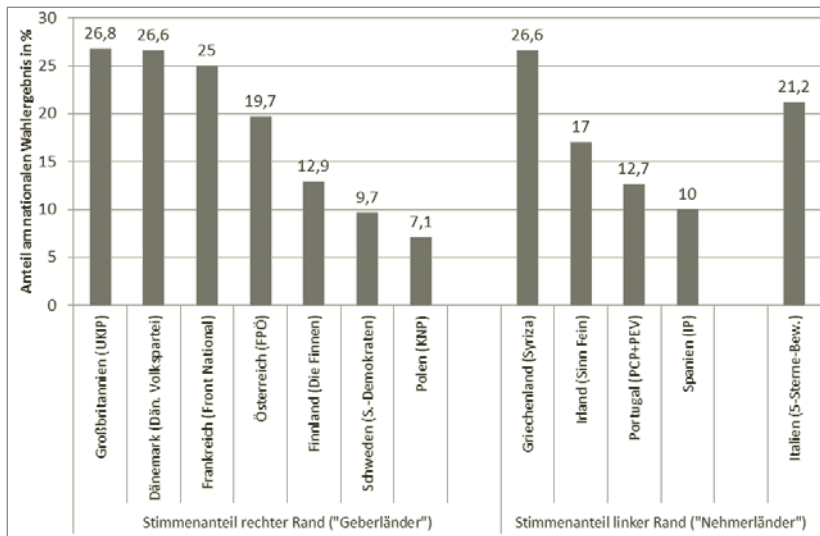
## 2 Europawahl 2014 – eine Wahl der Extreme

In vielen Mitgliedsstaaten führte die Europawahl 2014 zu dramatischen politischen Verschiebungen. Auf der einen Seite stehen die großen Verluste der pro-europäischen *Europäischen Volkspartei* (EVP) und europakritischen Konservativen (ECR) sowie der Liberalen (ALDE), die in vielen Ländern direkt mit der Austeritätspolitik in Verbindung gebracht wurden. Auf der anderen Seite findet sich – wenn man die Reduzierung der Sitze im Europaparlament von 766 auf 751 berücksichtigt – nur eine relative Stabilisierung der europäischen Sozialdemokraten (S&D) und Grünen. Es waren somit vor allem die rechten und linken Ränder, die bei der Europawahl 2014 zulegen konnten.

### 2.1 Größere nationale Stimmenanteile an den rechten und linken Rändern

In Frankreich (Front National: 25 Prozent), dem Vereinigten Königreich (UKIP: 26,8 Prozent) und Dänemark (Dänische Volkspartei: 26,6 Prozent) wurden anti-europäische und rechtspopulistische Parteien mit Abstand stärkste politische Kraft. Aber auch in Österreich (FPÖ: 19,7 Prozent), Finnland (Finnenpartei: 12,9 Prozent), Schweden (Schwedendemokraten: 9,7 Prozent) und Polen (Kongress der Neuen Rechten: 7,1 Prozent) konnten mit einem Anti-EU-Wahlkampf am rechten Rand große Gewinne verbucht werden.

Festzuhalten ist, dass jene rechten Kräfte somit in denjenigen Ländern erfolgreich punkteten, die weniger schlimm von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen waren. Es handelt sich vielmehr um die ‚Geberländer‘. Stattdessen gewannen linksextreme bzw. radikale Kräfte in den Krisenländern, die unter dem Euro-Rettungsschirm die harten Sparauflagen der Troika erfüllen mussten, die Wahlen (Abb. 1). Das gilt beispielsweise für Griechenland (*Syriza*: 26,6 Prozent), Portugal (PCP+PEV: 12,7 Prozent), Spanien (IP+*Podemos*: 18 Prozent) und Irland (*Sinn Féin*: 17 Prozent). Hier stellen sie teilweise die stärksten politischen Kräfte im Land oder vereinen über ein Viertel der Stimmen auf sich. Auch Italien blieb mit dem relativen Erfolg der *Fünf-Sterne Bewegung* (21,2 Prozent) davon nicht verschont.



**Abb. 1** Stimmenanteile am rechten und linken Rand

Quelle: Eigene Darstellung.

Zudem gelang es einigen offen rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Parteien mit neonazistischem Gedankengut, ihre Sitze zu behaupten (Ungarns *Jobbik*: 14,7 Prozent) oder neu ins Europaparlament einzuziehen (Griechenlands *Goldene Morgenröte*: 9,4 Prozent; NPD 1 Prozent).

Trotz einer ‚Wiederwahl-Quote‘, die bei knapp 50 Prozent lag, erhielten die anti-demokratische gewaltbereite *Ataka* aus Bulgarien sowie die *British National Party* aus dem Vereinigten Königreich allerdings keinen Sitz. Die rechtspopulistische italienische *Lega Nord* (-4,1 Prozentpunkte), der *Vlaams Belang* (-5,7 Prozentpunkte) in Belgien und die niederländische PVV (-3,8 Prozentpunkte) mussten zum Teil deutliche Verluste hinnehmen. Auf der anderen Seite zeigen die Wahlerfolge Matteo Renzis in Italien und der links-liberalen D66 in den Niederlanden, dass auch in diesem schwierigen Umfeld mit einem pro-europäischen Wahlkampf bei Europawahlen Erfolge möglich sind. Doch auch hier ist zu erkennen, dass der *Partito Democratico* (PD) Renzis sich zwar *grundsätzlich* pro-europäisch gab, sich aber *inhaltlich* vor allem durch die Kritik an der europäischen Austeritätspolitik profilierte. Somit ist auch in diesem Fall ein gewichtiger Teil der Zugewinne auf die

Kritik an der EU zurückzuführen. Jedoch gelang es Renzi als einem der wenigen Regierungschefs diese EU-Kritik in einen pro-europäischen Kontext einzubetten.

## 2.2 Mitte-links bzw. Mitte-rechts-Koalitionsoptionen machtpolitisch Makulatur

Für die Europaparlamentsarbeit der achten Legislaturperiode (2014-2019) hat der Wahlausgang folgende Konsequenz: Zu Beginn wurden sieben Fraktionen gebildet, in denen 93 Prozent aller Europaabgeordneten (699 von 751) vereint sind. Die restlichen 52 Abgeordneten sind bis auf weiteres fraktionslos. Vor allem die politisch rechten und linken Fraktionen gehen auf Kosten einer geschwächten Mitte gestärkt aus der Wahl hervor – mit klaren machtpolitischen Konsequenzen.

Während zwischen 2009 und 2014 knapp 70 Prozent aller Entscheidungen von einer „(Super) Großen Koalition“ aus EVP und S&D (und ALDE) getroffen wurden, fielen die restlichen Parlamentsentscheidungen zu einem Großteil in einer so genannten „Mitte-links“ (15 Prozent) oder „Mitte-rechts-Koalition“ (15 Prozent) (Bertocini und Kreiling 2013 S. 17f; Hix 2013). Die beiden letztgenannten Koalitionsoptionen wird es so in der achten Legislaturperiode nicht mehr geben.

Die lange Zeit in Bereichen wie Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), oder aber auch bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) bewährte alternative Mitte-links-Koalition (S&D+ALDE+G/EFA+GUE/NGL) verliert in der achten Legislaturperiode an Bedeutung, da ihr Stimmenanteil von 49 Prozent (372 Sitze zwischen 2009-2014) auf aktuell 47 Prozent (356 von 751 Sitzen) schrumpft. Für eine absolute Mehrheit sind mindestens 376 von 751 (> 50 Prozent) nötig.

Für die Mitte-rechts-Koalition zwischen der EVP, der Fraktion der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE) und der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (EKR) sind die Konsequenzen der Europawahl 2014 noch dramatischer. Seit vielen Jahren eine bewährte Koalition im Bereich ‚Wirtschaft und Währung‘, oder aber auch ‚Beschäftigung und soziale Angelegenheiten‘, bringt sie es *rein rechnerisch* nur noch auf 48 Prozent der Sitze (im Vergleich zu 54 Prozent zwischen 2009 und 2014). Zudem gibt es *inhaltlich* aufgrund der neuen euro(pa)-kritischen Parteien innerhalb der EKR (Dänische Volkspartei, oder die deutsche *Alternative für Deutschland*, AfD), starke Vorbehalte auf Seiten der EVP, insbesondere innerhalb gewichtiger nationaler Delegationen, hinsichtlich einer möglichen Kooperation während der achten Legislaturperiode.

Machtpolitisch bedeutet dies, dass es in Zukunft weniger Koalitionen gibt, die die nötigen Stimmen für eine absolute Mehrheit (376 von 751 Stimmen) im

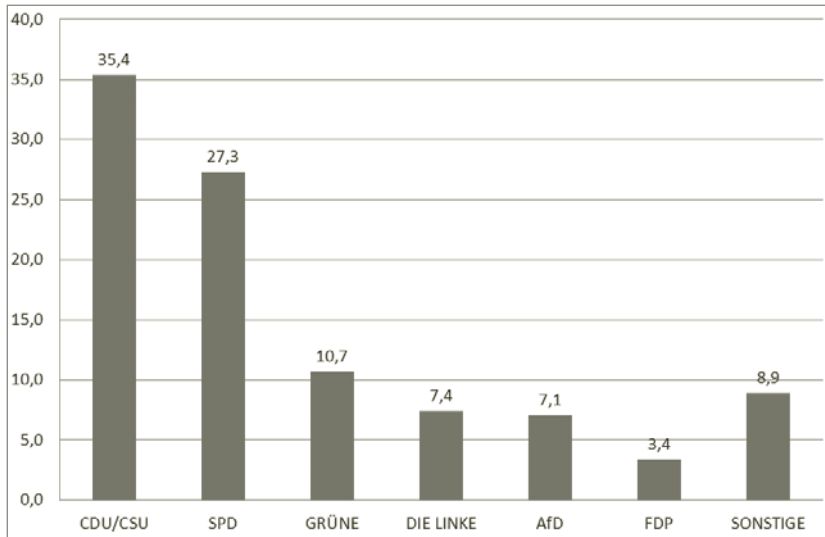
Parlament garantieren können. Sowohl Mitte-links bzw. Mitte-rechts-Koalitionsoptionen sind für die achte Legislaturperiode machtpolitisch Makulatur. Damit wird die Bedeutung der ‚Großen Koalition‘ zwischen EVP und S&D gestärkt, die 54 Prozent aller Sitze auf sich vereinen. Beide Fraktionen haben keine wirklichen Alternativen (mehr), als in den kommenden fünf Jahren bei allen wesentlichen Entscheidungen zusammenzuarbeiten. Die Anhörungen der neuen Kommission im Parlament im Herbst 2014 gaben diesbezüglich einen ersten Vorgeschmack. Damit wird unter anderem der Einfluss großer nationaler Delegationen innerhalb der EVP und der S&D steigen, da für eine absolute Mehrheit (376 Stimmen) ein kohärentes Abstimmungsverhalten vonnöten sein wird, das in der Vergangenheit allerdings nicht (immer) garantiert war (Hix et al. 2009). Auch aus dem Grund hat der Wahlausgang in Deutschland eine besondere europapolitische Bedeutung.

---

### **3 Europawahl 2014 in Deutschland: AfD und Schulz-Effekt**

In Deutschland wird die Europawahl 2014 im Gedächtnis bleiben als der Tag, an dem endgültig mit dem liberalen Konsens in der Europapolitik (Lindberg und Scheingold 1970) gebrochen wurde – ein Prozess, der in anderen europäischen Ländern bereits in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm. Es hat sich gezeigt, dass eine Partei mit europaskeptischen Tönen Wahlkampf machen und damit erfolgreich sein kann. Die *Alternative für Deutschland* (AfD) gewann mit sieben Prozent sieben Sitze und wurde fünftstärkste Kraft in Deutschland; (deutlich) hinter den Grünen und nur knapp hinter der Linkspartei (Abb. 2).

Ein weiterer Gewinner waren die deutschen Sozialdemokraten. Sie konnten sich nicht nur im Vergleich zur letzten Europawahl deutlich verbessern (+6,5 Prozentpunkte), sondern im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl im September 2013 als kleiner Partner in der Großen Koalition zwei Prozentpunkte zulegen. Damit steigt ihr Gewicht in der S&D-Fraktion auf 14 Prozent. Allerdings ist dieser Gewinn machtpolitisch nur von untergeordneter Bedeutung, da die italienischen Sozialdemokraten (PD) so viele Sitze hinzugewannen, dass sie nun die größte Delegation innerhalb der S&D-Fraktion stellen.



**Abb. 2** Ergebnis der Europawahl 2014 in Deutschland

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

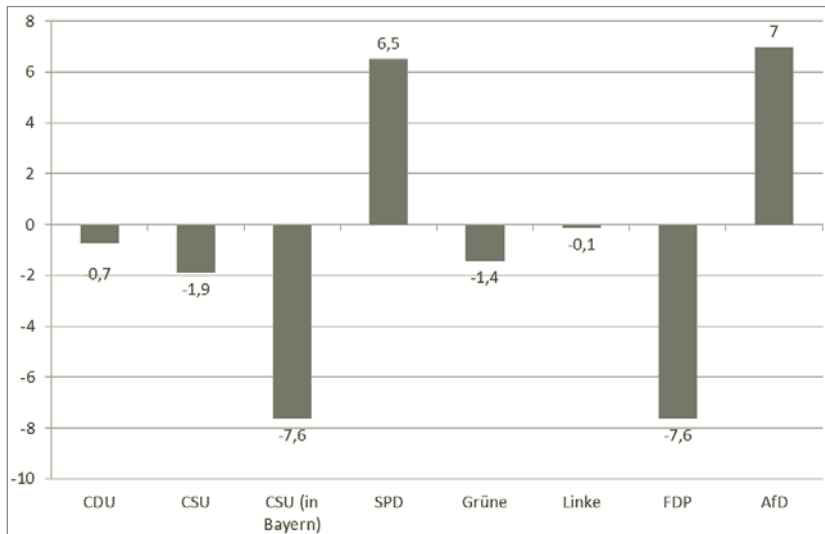
Der Zugewinn der *SPD* ist zu einem großen Teil auf ihren deutschen und zugleich europäischen Spitzenkandidaten zurückzuführen („Schulz-Effekt“). Generell gilt, dass die Spitzenkandidaten vor allem in ihren Heimatländern punkten konnten: In Luxemburg gab es einen „Juncker-Effekt“; in Flandern einen „Verhofstadt-Effekt“; in Griechenland den „Tsipras-Effekt“.

Die Grünen konnten bei der Europawahl 2014 mit ihrem klar pro-europäischen Profil ihre Position im Vergleich zu 2009 als drittstärkste Kraft im deutschen Parteiengefüge bewahren. Im Hinblick auf die absolute Stimmenzahl gelang es ihnen, die gleiche Zahl an Wählern zu mobilisieren; prozentual mussten sie leichte Verluste hinnehmen, konnten aber mit 26 Prozent ihr Gewicht in der Grünen-Fraktion stabilisieren. Machtpolitisch gewannen sie innerhalb der Fraktion an Einfluss, weil die zuvor ebenfalls stark vertretenen französischen Grünen deutlich an Mandaten verloren und die deutschen Grünen nun die mit Abstand größte Delegation stellen. *Die Linke* bleibt in etwa auf dem gleichen Stand wie 2009, sie konnte nicht von der Welle der europakritischen Linkspopulisten in einigen Ländern profitieren. Aufgrund der Zugewinne vieler linker Parteien (vor allem in den Krisenstaaten) verlor sie dadurch an Einfluss innerhalb der Fraktion.

### 3.1 Die deutschen Verlierer der Europawahl 2014

Eher auf der Verliererseite lassen sich die Unionsparteien platzieren. Das Ergebnis der CDU veränderte sich zwar kaum gegenüber der letzten Europawahl. Sie büßte aber gegenüber der letzten Bundestagswahl rund vier Prozentpunkte ein. Doch es war vor allem die CSU, die wegen ihres europaskeptischen Wahlkampfes ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei Europawahlen einfahren musste (-1,9 Prozentpunkte im Bund; -7,6 Punkte in Bayern; Abb. 3). Die Union konnte trotzdem ihre Bedeutung in der EVP-Fraktion mit 15 Prozent weiter ausbauen. Ein Grund hierfür ist in einer europaweiten Entwicklung zu sehen: In vielen Ländern, wie Spanien, Frankreich, Portugal und Italien, verloren die Parteien der EVP stark. Sie wurden mit der – häufig kritisch konnotierten – Austeritätspolitik in Verbindung gebracht.

Die FDP konnte sich nicht von ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl erholen, und schrumpfte von zwölf auf drei Abgeordnete, was die deutsche Delegation der Liberalen im Europaparlament bedeutend schwächen wird. Ihr Gewicht innerhalb der liberalen ALDE-Fraktion verringert sich von rund 15 auf 5 Prozent.



**Abb. 3** Europawahl 2014 in Deutschland: Gewinne und Verluste (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

**3.2      Kein Zugewinn für deutsche Splitterparteien trotz Bundesverfassungsgerichtsurteil**

Aufgrund der geänderten deutschen Rechtslage sitzt neben *Freien Wählern, Piraten, Tierschutz-, Familienpartei, ÖDP* und *Die PARTEI*, das erste Mal seit 1994 wieder ein deutscher Europa-Abgeordneter einer rechtsextremen Partei (NPD) im Europaparlament.

Trotz des Einzugs der sieben neuen Vertreter in das Europaparlament können die kleineren Parteien nicht als Gewinner dieser Europawahl gelten. Es gelang ihnen nicht, neue Wähler zu mobilisieren, obwohl kleinere Parteien bei Nebenwahlen wie der Europawahl in der Regel besser abschneiden. Die Wahlforschung nimmt an, dass Wähler aufgrund der als niedriger eingestuften Bedeutung mehr „mit ihrem Herzen wählen und weniger strategisch entscheiden“ (Marsh 1998, S. 593f). Zugleich hatten sich die Kleinstparteien vom Wegfall der Sperrklausel einen Unterstützungsschub erhofft, da Wähler nicht fürchten mussten, dass ihre Stimme möglicherweise nicht zählen würden.

Es zeigt sich dennoch ein gegenteiliger Effekt (Tab. 1): Schaut man sich die deutschen Kleinstparteien an, die 2009 *und* 2014 zur Wahl antraten, ist trotz steigender Wahlbeteiligung in absoluten Stimmen nur ein minimales Plus von rund 24.000 Stimmen zu sehen (bei 29,3 Mio gültigen Stimmen, nur 0,08 Prozent). Bei den relativen Stimmen steht sogar ein Minus von einem Prozentpunkt gegenüber 2009. Betrachtet man die Stimmenzahl, die bei beiden Wahlen insgesamt für Kleinstparteien abgegeben wurden, sind sogar rund 230.000 Stimmen (absolut) bzw. zwei Prozent (relativ) verloren gegangen.

**Tabelle 1**      Veränderung der Stimmenzahl der deutschen Kleinstparteien

Stimmenzahl alle Kleinstparteien 2014	Stimmenzahl Kleinstparteien 2009	Verluste aller Kleinstparteien	Relative Verluste
2.608.730	2.840.893	-232.163	-2 %
Stimmenzahl 2014 wieder angetretener Kleinstparteien in 2014	Stimmenzahl 2014 wieder angetretener Kleinstparteien in 2009	Gewinne aller Kleinstparteien	Relative Verluste
2.026.778	2.050.455	+23.677	-1 %

Quelle: Bundeswahlleiter 2014 (als Kleinstparteien zählen alle nicht im Bundestag vertretenen Parteien außer AfD und FDP)



## 4 Die Wahlbeteiligung: Minimalziel knapp verfehlt

Europaweit wurde bei der Wahlbeteiligung das Minimalziel klar verfehlt. Die Wahlbeteiligung aller 28 Mitgliedsstaaten fiel weiter und erreichte mit 42,54 Prozent einen neuen historischen Tiefpunkt (Tab. 2). Über 57 Prozent der wahlberechtigten Europäer machten 2014 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch.

**Tabelle 2** Wahlbeteiligungen bei Europawahlen

Jahr	1974	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Wahlbeteiligung (%)	61,99	58,98	58,41	56,67	49,51	45,47	43	42,54

Quelle: Europäisches Parlament 2014.

Die Wahlbeteiligung hat sich in Deutschland zwar mit 48,1 Prozent erholt (+4,8 Prozentpunkte). Das lag zum Teil am deutschen Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten, darüber hinaus aber auch an den Kommunalwahlen, die in bevölkerungsstarken Regionen teilweise erstmals (z. B. NRW) zeitgleich mit der Europawahl stattfanden. Die Slowakei brach bei dieser Europawahl stattdessen einen traurigen Rekord: 87 Prozent der Wahlberechtigten gingen hier nicht zur Wahl (Tab. 3).

**Tabelle 3** Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 und 2014

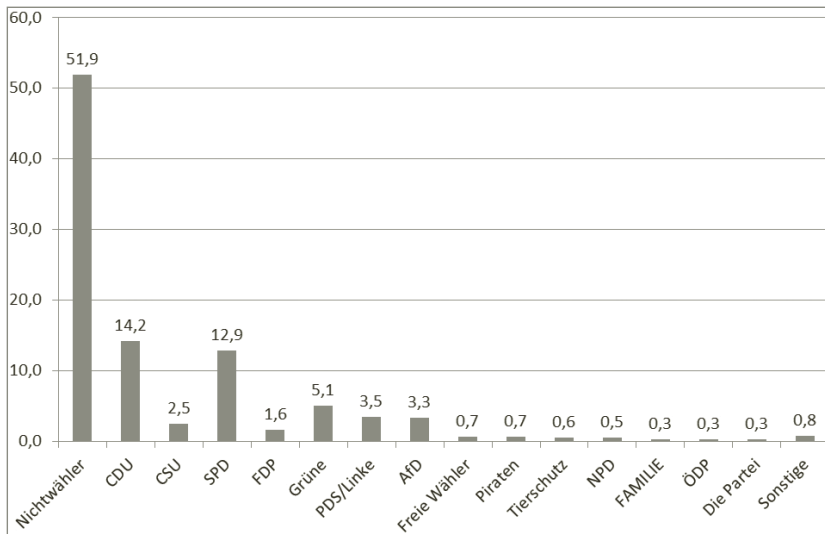
Mitgliedstaat	Wahlbeteiligung (in Prozent) Europawahl 2014	Veränderung (in Prozentpunkte) zu 2009
Belgien	89,64	-0,75
Bulgarien	35,84	-3,15
Dänemark	56,30	-3,24
Deutschland	48,10	4,83
Estland	36,52	-7,38
Finnland	39,10	0,50
Frankreich	42,43	1,80
Griechenland	59,97	7,36
Irland	52,44	-6,20
Italien	57,22	-7,83
Kroatien	25,24	–
Lettland	30,24	-23,46

Mitgliedstaat	Wahlbeteiligung (in Prozent) Europawahl 2014	Veränderung (in Prozentpunkte) zu 2009
Litauen	47,35	26,37
Luxemburg	85,55	-5,21
Malta	74,80	-3,99
Niederlande	37,32	0,57
Österreich	45,39	-0,58
Polen	23,83	-0,70
Portugal	33,67	-3,10
Rumänien	32,44	4,77
Schweden	51,07	5,54
Slowakei	13,05	-6,59
Slowenien	24,55	-3,82
Spanien	43,81	-1,06
Tschechische Republik	18,20	-10,02
Ungarn	28,97	-7,34
Vereinigtes Königreich	35,60	0,90
Zypern	43,97	-15,43

Quelle: Europäisches Parlament 2014.

## 4.1 Nichtwähler zählen aber doch auch ...

Durch die niedrige Wahlbeteiligung erscheinen die Europawahlergebnisse wiederum in einem anderen Licht. Zum einen zählen die einzelnen Stimmen, die in Ländern mit hoher Wahlbeteiligung abgegeben werden, weniger als die Stimmen in Ländern, in denen nur wenige Wähler an die Urnen gingen. Der Grund hierfür sind die festen Sitzkontingente pro Mitgliedsstaat. Hinzu kommt auch, dass sich der Blick auf die Wahlergebnisse verändert, wenn man sie an der Zahl der Wahlberechtigten misst (Abb. 4).



**Abb. 4** Europawahl 2014 in Deutschland unter Berücksichtigung aller Wahlberechtigten (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung mit Daten von Bundeswahlleiter 2014.

Die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD vereinen *zusammen* nicht einmal jede dritte Stimme auf sich. Außerdem relativiert sich der Wahlerfolg der AfD. Sie wurde letzten Endes von nur 3,3 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt. Gleichzeitig zogen Parteien ins Europaparlament ein, die von weniger als 0,3 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt wurden (z. B. *Die PARTEI*).

Hinzu kommt ein äußerst schwerwiegender Aspekt: Unabhängig davon, dass eine niedrige Wahlbeteiligung mangelndes Vertrauen ausdrückt und Legitimitätsprobleme andeutet, führt eine derart niedrige Wahlbeteiligung auch zu Disproportionseffekten. Die Wahlbeteiligungsforschung zeigt, dass die Nichtteilnahme vieler Wähler eine soziale Schieflage verstärkt, da Menschen aus den unteren sozialen Schichten deutlich überproportional nicht zur Wahl gehen (Merkel und Petring 2011). Da die Bürger aus der Mittel- und Oberschicht ihr Wahlrecht weitaus häufiger nutzen und zugleich über größere Ressourcen, Kommunikations- und Organisationsfähigkeit verfügen, sind sie besser in der Lage, Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Entsprechend reagiert das politische System darauf, in dem es die Interessen der oberen Bevölkerungsschichten häufiger thematisiert und ihnen mit

ihren Politikentwürfen stärker entgegenkommt; d. h. der Medianwähler verschiebt sich (Lutz und Marsh 2007). Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Frage, wie ein Europaparlament zusammengesetzt wäre, das tatsächlich vom ganzen (wahlberechtigten) Volk gewählt worden wäre. Folgt man diesem Gedanken weiter, könnte man die Legitimität der Entscheidungen der europäischen Volksvertretung (und vieler anderer Parlamente) kritisch hinterfragen. Können diese unter diesen Bedingungen tatsächlich als Wille des ‚Volkes‘ angesehen werden?

Als wirksamste Mittel zur Lösung dieses schwerwiegenden demokratischen Problems haben sich in der Wahlbeteiligungsforschung institutionelle Verbesserungen hervorgetan, wie zum Beispiel leichtere Zugänge zur Wahl (z. B. Wahlen über mehrere Tage, leichtere Registrierung, Briefwahl) und klare Konsequenzen der Wahl auf die Regierungsbildung (Franklin 1999). Das undurchsichtige System von 28 verschiedenen nationalen Wahlsystemen und die unklare Bedeutung des Wahlausgangs für die neue Kommission bieten ein großes Potential, um durch institutionelle Verbesserungen die Wahlbeteiligung deutlich zu steigern. Dass das Europaparlament mit Jean-Claude Juncker den siegreichen Spitzenkandidaten der Europawahl als Kommissionspräsidenten durchsetzen konnte, darf daher nur als ein Anfang gesehen werden.

Die Wahlbeteiligungsforschung zeigt jedoch auch, dass das Problem der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung vor allem durch die Einführung der gesetzlichen Wahlpflicht wesentlich bekämpft werden kann. Beispielsweise lassen die extrem hohen Beteiligungsraten in den Mitgliedsstaaten mit (strikt umgesetzter) gesetzlicher Wahlpflicht wie Belgien und Luxemburg kaum Raum für eine soziale Schieflage (Bennett 2005). Die konstant niedrige Wahlbeteiligung (auch bei anderen Wahlen) in den meisten Mitgliedsstaaten könnte somit Anlass sein, diese gesellschaftliche Diskussion zu führen.

---

## 5 Unser Band

Diese Anmerkungen werfen ein erstes Schlaglicht auf die Europawahl 2014 und machen zugleich deutlich, welche zahlreichen Fragen die Wahl aufwirft – nicht nur aufgrund der augenscheinlichen Neuerungen. Der vorliegende Band leistet einen Beitrag dazu, die unterschiedlichen Aspekte und Fragestellungen wissenschaftlich aufzuarbeiten und einzuordnen. Dabei decken die Beiträge Fragestellungen aus den Bereichen EP-Wahl und nationale Wahlsysteme, Europäische Parteienfamilien und nationale Parteiensysteme, Wahlkampf und -kampagnen, Regieren im politischen System der EU und dem Blick von Außen ab. Dabei wird eine methodische

Vielfalt angewendet. Gleichzeitig war es uns ein Anliegen, über Analysen der Europaforschung hinaus Perspektiven auf die Europawahl aus unterschiedlichen Subdisziplinen der (vergleichenden) Politikwissenschaft, wie der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- oder Regierungsforschung aufzunehmen. Ein großer Dank geht an die Autorinnen und Autoren, ohne deren Beiträge und Engagement es den Band nicht geben würde.<sup>2</sup>

## Literatur

- Bennett S (2005) Compulsory voting in Australian national elections. Parliament of Australia, Canberra
- Bertoncini Y, Kreilinger V (2014) What Political Balance of Power in the next European Parliament? Notre Europe Policy Paper 102. <http://www.notre-europe.eu/media/balanceofpowerep2014bertoncinikreilingerne-jdinov2013.pdf>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Bundeswahlleiter (2014) Wahl zum 8. Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/). Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Europaparlament (2014) Results of the 2014 European elections. <http://www.results-elections2014.eu/en/election-results-2014.html>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Franklin M (1999) Electoral Engineering and Cross-National Turnout Differences: What Role for Compulsory Voting? *British Journal of Political Science* 29:205-216. doi:10.1017/S0007123499210095
- Heidebrecht S, Kaeding M (2014) Nach der Europawahl 2014: Neue Machtkonstellationen im Europaparlament und seinen Ausschüssen. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/nach-der-europawahl-2014-neue-machtkonstellationen-im-europaparlament-und-seinen-ausschuessen/>. Zugegriffen: 21. Oktober 2014
- Hix S (2013) Why the 2014 European Elections Matter: Ten Key Votes in the 2009–2013 European Parliament. *European Policy Analysis* 15:1-15

---

2 Wir danken der Duisburger Universitäts-Gesellschaft, der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, der NRW School of Governance und dem Jean Monnet Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen für die finanzielle Unterstützung, mit der viele der Texte auf einer Autorenkonferenz in Duisburg intensiv diskutiert werden konnten. Unser Sammelband erscheint im Springer VS Verlag, dessen Cheflektor Politik – Jan Treibel – uns dankenswerter Weise während des ganzen Prozesses konstruktiv und kompetent beraten und unterstützt hat. Schließlich gilt unser Dank vor allem Felix Schenuit und Jan Dinter für ihre kompetente redaktionelle Arbeit in Kooperation mit Stefan Haußner und Morten Pieper, die beim Durchsehen, Kommentieren und Ergänzen behilflich waren. Zudem konnten wir während des Projekts auf die hilfreiche Unterstützung von Steffen Bender, Christian Kröll und Susanne Steitz zählen.

- Hix S, Noury A, Gérard R (2009) Voting patterns and alliance formation in the European Parliament. *Philosophical Transactions of the Royal Society B* 364:821-831
- Kaeding M (2013a) « Alternative für Deutschland » und « Plan B »: Die Europäisierung der Protestwähler. Konsequenzen für die Europa-Wahl 2014. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/alternative-fuer-deutschland-und-plan-b-die-europaeisierung-der-protestwaehler/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2013b) Drei-Prozent-Sperrklausel bei der Europawahl: Viel Lärm um Nichts. Die wahre Debatte geht um ein einheitliches europäisches Wahlrecht. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/drei-prozent-sperrklausel-bei-der-europawahl-viel-laerm-um-nichts-die-wahre-debatte-geht-um-ein-einheitliches-europaeisches-wahlrecht/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014a) Quasi-präsidentiell? Ein erbitterter Machtkampf zweier Lager nach der Europawahl entscheidet über die unmittelbare Zukunft Europas. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/quasi-praesidentuell-ein-erbitterter-machtkampf-zweier-lager-nach-der-europawahl-entscheidet-ueber-die-unmittelbare-zukunft-europas/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014b) Missglückter Start in den Europawahlkampf 2014: Personen und Inhalte statt Gretchenfrage. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/missglueckter-start-in-den-europawahlkampf-2014-personen-und-inhalte-statt-gretchenfrage/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M (2014c) Die europäischen Bürger haben gesprochen. Bundeszentrale für politischen Bildung, Bonn
- Kaeding M, Gath M (2014) Die Europawahl 2014: Die verflixte achte Nebenwahl. *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/die-europawahl-2014-die-verflixte-achte-nebenwahl/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M, Pieper M (2014) Europawahlrecht und die Drei-Prozent-Hürde: Nationale Orthodoxie oder europäischer Pragmatismus? *Regierungsforschung.de*. <http://regierungsforschung.de/europawahlrecht-und-die-drei-prozent-huerde-nationale-orthodoxie-oder-europaeischer-pragmatismus/>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Kaeding M, Pieper M (2014b) Europawahl 2014 in NRW. Landeszentrale für politische Bildung. <http://www.politische-bildung.nrw.de/imperia/md/content/e-books/ebook-europawahl2014innrw.pdf>. Zugegriffen: 22. Oktober 2014
- Lindberg L, Scheingold S (1970) *Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community*. Harvard University Press, Cambridge
- Lutz G, Marsh M (2007) Introduction: Consequences of low turnout. *Electoral Studies*. doi:10.1016/j.electstud.2006.10.001
- Marsh M (1998) Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. *British Journal of Political Science* 28(4):591-607
- Merkel W, Petring A (2011) *Partizipation und Inklusion*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Die Europawahl 2014

Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler

Kaeding, M.; Switek, N. (Hrsg.)

2015, X, 407 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-05737-4